Bürgermeister gibt im Stadtrat Erklärung zur umstrittenen Beförderung des Kämmerers ab

Bad Oeynhausen (WB). Ihm sei das gegen den Kämmerer eingeleitete Disziplinarverfahren nicht mehr präsent gewesen. Dafür übernehme er auch die Verantwortung. Dies soll Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann am Mittwoch im Stadtrat in nicht-öffentlicher Sitzung erklärt haben.

Kommentar

Die jüngste Debatte zur Beförderung des Kämmeres hat es erneut zum Ausdruck gebracht. Um das Verhältnis zwischen Stadtrat und Kommunalpolitik einerseits und der Spitze der Stadtverwaltung andererseits ist es nicht zum Besten bestellt. Im Gegenteil. Daran dürfte sich wohl auch bis zu den nächsten Wahlen, im Mai 2014 zum Stadtrat, und im Herbst 2015 für das Bürgermeisteramt, schwerlich noch etwas ändern. Zu zerrütet ist das Verhältnis. Dazu hat ganz gewiss auch die jüngste Beförderungsdebatte noch einmal kräftig beigetragen.
Zudem ist die Frage erlaubt: Wenn Kämmerer und Bürgermeister beide an ihre Privatadresse die Nachricht über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens erhalten: Können dann nicht beide sicher davon ausgehen, dass der jeweils andere auch genau diese Nachricht erhalten hat? Zumal wenn der Sachverhalt, um den es geht, deckungsgleich ist. Claus B r a n d

Diskussion über Stellenplan 2014

Mit gleich mehreren Anträgen

zum Stellenplan 2014 haben sich am Mittwoch die Mitglieder des Stadtrates befasst. Sie stimmten mehrheitlich einem von Peter Kaeseberg formulierten Antrag der CDU-Fraktion zu, auf die Anhebung der Besoldung einer Fachbereichsleiterstelle von A 14 auf A 15 zu verzichten. Keine Mehrheit fand sich hingegen für einen von Rainer Müller-Held vorgetragenen Antrag der Grünen-Fraktion. Er hatte zum Gegenstand, die Besoldungsstufe des Kämmerers im Stellenplan 2014 von A 16 auf A 15 zu reduzieren – sie also weiter auf dem bisherigen Niveau zu belassen. Dieser Vorschlag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen das einhellige Votum der kleineren Ratsfraktionen abgelehnt.

Von **Claus Brand**

Auslöser für die Beratungen im Stadtrat war, wie mehrfach berichtet, dass der Bürgermeister eine in der Ratssitzung am 16. Oktober noch von ihm vertretene Beförderung des Kämmerers kurze Zeit später gestoppt hatte. Wie später bekannt wurde, war das Disziplinarverfahren gegen den Kämmerer ausschlaggebend dafür. Eingeleitet worden war es formal vom Kreis, nachdem er als Aufsichtsbehörde im Herbst 2012 vom RP in Detmold dazu aufgefordert worden war. Der Bezirksregierung hatte die Staatsanwaltschaft Bielefeld zuvor ihre Anklageschrift zugeleitet. Mit ihr wird dem Kämmerer und dem Bürgermeister schwere Untreue im Zusammenhang mit Zinsgeschäften für die Stadt sowie dem Kämmerer zusätzlich Insolvenzverschleppung bei einer Stadttochter vorgeworfen. Aus verschiedenen Quellen wurde dieser Zeitung gestern bestätigt, dass der Bürgermeister nach der Ratssitzung am 16. Oktober aus dem Gremium heraus gefragt worden sei, ob es aufgrund der Anklageerhebung nicht ein Disziplinarverfahren geben könne, dass die Beförderung formal stoppen könnte. Auf Anfrage hatte auch der Städte- und Gemeindebund später dazu geraten, die Beförderung zunächst zurückzustellen.

Wie berichtet, hatte der Landrat als Behörde den Ersten Beigeordneten Peter Brand mit

Schreiben vom 29. November 2012 schriftlich über das gegen den Kämmerer eingeleitete Disziplinarverfahren informiert. Bis zu einer Entscheidung des Landgerichtes Bielefeld, ob es überhaupt zu einem Prozess kommt, ist dieses Verfahren ruhend gestellt worden. Im Hauptausschuss und anschließend im Stadtrat am 16. Oktober 2013 sollen die Politiker in Unkenntnis des Disziplinarverfahrens über die Beförderung des Kämmerers beraten und ihr schließlich mit Mehrheit zugestimmt haben.

Nach der aktuellen Erklärung des Bürgermeisters soll die CDU vorgestern im Stadtrat nicht mehr an ihrer Forderung – formuliert in einem zuvor zur Sitzung eingereichten Antrag – festgehalten haben, einen Vertreter des Kreises als Aufsichtsbehörde zu diesem Sachverhalt zu hören. Zum Abschluss der Debatte fand der Antrag, die an den Bürgermeister gerichteten Fragen von ihm noch einmal schriftlich beantworten zu lassen und dies den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, keine Mehrheit. Als Begründung sei angeführt worden, dass dieses Schreiben dann ohnehin in die Öffentlichkeit gelange.

Vor der Sitzung des Stadtrates an diesem Mittwoch hatte der Erste Beigeordnete in einem Vermerk den Sachverhalt und zeitliche Abläufe des Beförderungsverfahrens aufgearbeitet und beschrieben. Der Vermerk liegt der Redaktion vor. Dort ist auch nachzulesen, dass die Nachricht zur Einleitung des jeweiligen Disziplinarverfahrens – vor dem Hintergrund der Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft – sowohl dem Bürgermeister als auch dem Kämmerer im Herbst 2012 an ihre Privatanschriften zugestellt worden ist.

Ein Sprecher des Landgerichtes Bielefeld hatte für die zuständige Kammer jüngst erneut erklärt, dass es 2013 keine Entscheidung mehr geben wird, ob es zu einem Verfahren in dieser Sache kommt.

© 2013 WESTFALEN-BLATT - Bad Oeynhausener Anzeiger und Tageblatt vom 13.12.2013